

Einmal gestalten bitte: Prinzipien für eine verbindende Energiewende



More in
Common

ÜBER MORE IN COMMON

More in Common hat sich als Organisation vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben. Unser Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach unserem Verständnis ist gesellschaftlicher Zusammenhalt weit mehr als ein friedliches und zugewandtes Miteinander. Er ist Vorbedingung für einen zentralen Aspekt lebendiger Demokratie: Streitfähigkeit über alle Unterschiede hinweg. Wir sind eine überparteiliche Organisation, die mit institutionellen Partnern aus ganz unterschiedlichen Bereichen kooperiert. Wir haben Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich, Polen und Deutschland. Dabei lernen und arbeiten wir länderübergreifend.

AUTOR

Jérémie Gagné

PROJEKTMITARBEIT

Anna Lob
Gesine Höltmann

HINTERGRUND ZUR STUDIE

Weil Fragen der Energiewende vor dem Hintergrund einer angespannten gesellschaftlichen Stimmung zuletzt scharf debattiert wurden, hat More in Common qualitativ erforscht, entlang welcher Aspekte, Prinzipien und Zukunftswünsche Menschen im Land eigentlich derzeit auf diese Fragen schauen. Dabei haben wir einen bewussten Fokus auf Ostdeutschland gelegt, in dem viele Herausforderungen der Energiewende verdichtet zusammenkommen. Auf Grundlage von sechs Fokusgruppen wollen wir mit unseren Erkenntnissen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Klimadebatte dabei helfen, konstruktive und verbindende Gestaltungsvorschläge für dieses Zukunftsthema zu entwickeln und darüber mit der Bevölkerung in ihrer Breite ins Gespräch zu kommen.

Dieses Projekt wurde von der European Climate Foundation unterstützt. Die Verantwortung für die in diesem Impulspapier dargelegten Informationen und Ansichten liegt bei More in Common. Die European Climate Foundation kann nicht für die Verwendung der darin enthaltenen oder ausgedrückten Informationen verantwortlich gemacht werden.

Wir danken der European Climate Foundation für ihre Unterstützung. Weiterhin danken wir der Initiative Klimaneutrales Deutschland für die gute Zusammenarbeit während des Projekts.

IMPRESSUM

More in Common e. V. ist beim Amtsgericht Charlottenburg registriert (VR 36992 B)
www.moreincommon.de | deutschland@moreincommon.com
Anschrift: More in Common e. V., Hermannstraße 90, 12051 Berlin
Verantwortlich i. S. d. P.: Laura-Kristine Krause, Gründungsgeschäftsführerin

Design und Grafik: TAU GmbH, Berlin
Copyright © Mai 2024 More in Common

EINFÜHRUNG: DIE KLIMA- UND ENERGIEDEBATTE HAT ES NICHT LEICHT

Stellen wir uns einen Moment lang vor, die deutsche Klimadebatte hätte zwei Beine und könnte zum Motivationstrainer gehen. Was würde der ihr wohl diagnostizieren?

Wahrscheinlich in erster Linie ein Problem mit dem richtigen „Mindset“. Zuviel Negativität. Zuviel Kopfkino – und zwar immer dann, wenn die einen darüber nachdenken, was wohl gerade die anderen denken.

Es ist doch so: Obwohl die meisten im Land sich Sorgen um das Klima machen, hegen viele von uns schlimme Befürchtungen über ihre Mitmenschen¹. Dass diese es doch nicht so ernst meinen mit dem Klima, dass sie veränderungsträge sind und nicht mitmachen und sich aus der Verantwortung stehlen. Oder aber umgedreht, dass sie einen bei Klimamaßnahmen schlecht wegkommen lassen wollen, dass sie beim Lebensstil belehren und erziehen wollen, dass also insgesamt das richtige Maß nicht gefunden wird. **Es ist viel Misstrauen in dieser Debatte, und das macht sie anfällig für Verkürzungen.**

Ehrlicherweise hat das Debattenfeld Klimaschutz aber auch einen großen Nachteil gegenüber „herkömmlichen“ Politikbereichen: Es ist schlichtweg jünger, wir konnten unsere Aushandlungsmechanismen noch nicht so gut „einschleifen“. Ein Gegenbeispiel könnte die Rentenpolitik sein. Über die lässt sich herrlich streiten, geht es doch um hochrelevante Fragen der Generationengerechtigkeit. Und doch fühlen sich Rentendebatten in der Regel weniger explosiv an als Klimadebatten – wohl, weil wir uns über die Jahrzehnte an das institutionalisierte Prozedere von Beitragsänderungen, von Regeln des Gebens und Nehmens gewöhnen konnten. **Diese Routine fehlt in der Klimadebatte noch, hier wird die gesellschaftliche Aushandlung, die Dynamik von Individuum und Staat, von Freiwilligkeit und festen Pflichten, von Nach- und Vorteilen gerade erst eingeübt.**

Der derzeit offensichtlichste „Einübungs-Ernstfall“ der Klimapolitik ist wohl die Energiewende – also die Frage, woher Strom und Wärme und auch Mobilität kommen, wie wir sie organisieren und bezahlen. Schnell geht es in diesen Fragen heiß her, wie uns die Lage rund um das „Heizungsgesetz“ aus dem Jahr 2023 belegt. Die Grenzen zwischen dem Ruf nach kollektiven Regeln und der Angst vor Überforderung sind unscharf und schnell überschritten. **Um hierbei gute Entscheidungen auszuhandeln, braucht es Streit – aber es braucht auch ein Mindestmaß an Konstruktivität und Gestaltungswillen von allen Seiten.** Sonst gerät das eigentlich Verbindende, nämlich die breit geteilte Sorge vor dem Klimawandel, womöglich aus dem Fokus; und unnötig scharfe Polarisierung kann sich Bahn brechen.

Genau in diesem Kontext – und im Rahmen unserer generellen Arbeit zur Klimadebatte - wollten wir von More in Common mehr darüber erfahren, was Menschen aus verschiedenen Teilen unserer Gesellschaft derzeit eigentlich über die Energiewende denken. Neben der Frage, wie sie die dazugehörige Debatte derzeit wahrnehmen, interessierte uns vor allem ihr konstruktiver Zukunftsausblick: **Was wünschen sich Menschen für eine gelingende Energiepolitik, die Raum für Zuspruch und vielleicht sogar Identifikation bietet? Wie sieht also eine Energiewende aus, die verbindet?** Mit Antworten auf diese Fragen wollen wir Akteuren der Klimadebatte dabei helfen, programmatische Vorschläge mit gesellschaftlichem Zukunftspotenzial zu formulieren.

1 Vgl. More in Common (2021): Einend oder spaltend: Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland, sowie unsere diesbezüglichen Folgearbeiten.

Zu diesem Zweck haben wir uns - in bewährter Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Verian (früher Kantar Public) - **im Februar 2024 im Rahmen qualitativer Forschung ausführlich mit Menschen über ihre Ansichten, ihre relevanten Grundsätze (z.B. von Gerechtigkeit) und ihre Gestaltungspräferenzen zur Energiewende unterhalten.**

Um dabei eine möglichst breite gesellschaftliche Perspektivenvielfalt zu wahren, haben wir das in Form von **sechs Fokusgruppen² entlang der More in Common-Typologie** getan, die anhand von Werten, Normen und Grundüberzeugen sechs gesellschaftliche Typen in der deutschen Bevölkerung identifiziert. Diese Typologie hatten wir ursprünglich in unserer Studie „Die andere deutsche Teilung“ anhand eines sozialpsychologischen Forschungsansatzes ermittelt und haben sie seither in zahlreichen Studien angewendet. (Bei weiterem Interesse an Methodik der Typologie, dem dazugehörigen Quiz und den Typenprofilen: [https://www.moreincommon.de/unsere-arbeit/forschung/.](https://www.moreincommon.de/unsere-arbeit/forschung/))

Außerdem haben wir uns dafür entschieden, bewusst auf den Osten unserer Republik zu fokussieren (und zwar unter möglichst gleichmäßiger Berücksichtigung all seiner Regionen). Wir wollten damit gezielt den Menschen in Regionen zuhören, in denen erstens bereits in den letzten Jahrzehnten komplexe Transformationserfahrungen gemacht wurden, zweitens bestimmte gesamtdeutsche Problembefunde (etwa Zurücksetzungsgefühle oder Institutionenmisstrauen) verdichtet auftreten, und in denen drittens bestimmte Herausforderungen der Energiewende (etwa beim Windkraftausbau) besonders greifbar sind. **Zugleich sind wir zuversichtlich, dass unsere Ableitungen daraus auch für die gesamtdeutsche Debatte relevant sind.**

ACHT ZAHLEN ZUR GESELLSCHAFTLICHEN DYNAMIK RUND UM KLIMASCHUTZ

Bevor wir aber in die Erkenntnisse aus dieser qualitativen Forschung einsteigen, können uns ein paar Zahlen aus unserer neuesten quantitativen Forschung einen rahmenden Überblick zur derzeitigen Dynamik der deutschen Klimadebatte geben. Im Januar und Februar 2024 haben wir nämlich über 2.000 Befragte mit einer größeren Batterie von Aussagen konfrontiert, die uns helfen sollte, die derzeitige Krux dieser Debatte besser zu verstehen.³

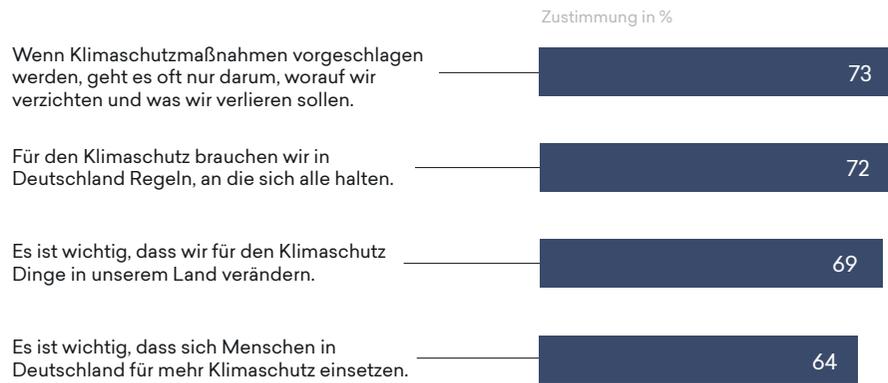
Beim Blick auf diejenigen Aussagen, die die höchste Zustimmung finden, wird **sofort ein Kernmerkmal der deutschen Klimadebatte offenbar: Sie ist durch und durch mehrdimensional.** Die Menschen denken verschiedene Dinge gleichzeitig. Ja, die allermeisten in Deutschland wünschen sich verbindliche Regeln (72 Prozent) und Veränderungen (69 Prozent) für den Klimaschutz im Land. Knapp zwei Drittel (64 Prozent) sprechen zudem der Klimabewegung ein mindestens implizites Mandat dazu aus, sich für „mehr“ (!) Klimaschutz einzusetzen. Das zeigt wie schon oben postuliert: Es gibt generelle Unterstützung in der Sache. Gleichzeitig aber finden ähnlich hohe 73 Prozent, dass konkret diskutierte Klimaschutzmaßnahmen vor allem auf Verzicht und Verlust fokussieren. **Die Menschen haben an dieser Stelle also kein primäres Überzeugungs-, sondern ein Gestaltungsthema mit der Klimadebatte.**

² Die jeweils zweistündigen und leitfadengestützten Fokusgruppen fanden im Zeitraum vom 19. bis 22. Februar 2024 statt.

³ Im Zeitraum vom 31. Januar bis 28. Februar 2024 haben wir in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut Verian (früher Kantar Public) 2.256 Personen aus der erwachsenen deutschsprachigen Wohnbevölkerung im Rahmen einer soziodemografisch quotierten Online-Panel-Erhebung befragt. Weitere Daten und Informationen unter: [https://www.moreincommon.de/europawahl/.](https://www.moreincommon.de/europawahl/)

Diagramm 1

Aussagen zur Klimadebatte: Höchste Zustimmung



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder nicht zu?
Quelle: More in Common (2024)

Das wird noch deutlicher, wenn wir uns jenen Aussagen zuwenden, denen die Befragten am seltensten zustimmen. Sie illustrieren, was die Klimaschutzdebatte teilweise schwierig macht: Lediglich Minderheiten sehen nämlich ihre Belange in der Debatte ausreichend vertreten (37 Prozent), sind zuversichtlich im Hinblick auf die Gerechtigkeit von Klimamaßnahmen (34 Prozent), sehen den konkreten Nutzen dieser Maßnahmen für das Land (30 Prozent) oder halten sie bislang für gut durchdacht (28 Prozent). Das Klimathema hat erkennbar in der Breite der Bevölkerung noch Luft nach oben, um zum verbindenden Gewinnerthema in seiner konkreten Ausgestaltung zu werden. Just diese Gestaltung ist gefragt: **Wie gelingt es, Klima- und Energiepolitik schon im Hier und Jetzt zu einem Ankerpunkt für Zuversicht, Ausgleich und womöglich sogar Stolz zu machen? Stolz und Vorteil, sozusagen?** Diese Frage richtet sich an alle, die demokratisch agieren wollen.

Diagramm 2

Aussagen zur Klimadebatte: Niedrigste Zustimmung



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder nicht zu?
Quelle: More in Common (2024)

DER GRÖßERE RAHMEN DER ENERGIEWENDE: AUSBLICK DER MENSCHEN IM GESELLSCHAFTLICHEN KRISENKONTEXT

Mit dieser Voreinordnung nun aber in die Erkenntnisse aus unseren qualitativen Gesprächen. Zunächst gilt es zu verstehen, dass die Menschen (nicht nur in Ostdeutschland) derzeitiges Klimahandeln nicht im luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund einer anhaltenden Krisenlage bewerten müssen. Dieser größere Kontext hat es für die Menschen in sich, auch wenn sich die persönlichen Perspektiven dabei natürlich zwischen besser Abgesicherten und Prekären unterscheiden:

- **Ein Kernthema ist die Inflation.** Tatsächlich berichteten uns in den Gesprächen die Menschen entweder von persönlicher Bedrängnis und spürbarem Wohlstandsverlust in den letzten anderthalb Jahren; oder aber – sofern es ihnen selbst besser geht – von entsprechenden Beobachtungen im Umfeld. „Einfache Arbeitnehmerinnen und -nehmer“, die viele als die Leistungsträger schlechthin in unserer Gesellschaft werten, sieht man unter Druck. Viele diagnostizieren eine wachsende soziale Schieflage auch bei ihnen in der Region.
- **Hinzu kommen Wahrnehmungen „bröckelnder Substanz“.** Viele vor allem im ländlichen ostdeutschen Raum sind unzufrieden mit dem Zustand öffentlicher Infrastrukturen und nehmen zudem den Rückzug etwa von Geschäften und Wirtschaftsbetrieben wahr. In den großen Boomstädten wie Leipzig oder in touristisch starken Regionen sieht die Lage natürlich anders aus – was sich an dieser Stelle auch teils in eine andere, zuversichtlichere Grundtonalität im Gespräch übersetzt. Gefühlte Entwicklungsrichtungen der Umgebung sind ein wirkmächtiger Faktor für den Ausblick der Einzelnen.
- **Zudem erlebt man die Gesellschaft insgesamt als eher aufgeheizt,** man fühlt zumindest eine gewisse Polarisierung, es häufen sich die Demos. Das trägt nicht unbedingt zur unaufgeregten Betrachtung der (politischen) Lage bei.
- Und zu guter Letzt müssen wir (wie bereits in früheren Studien) **ein relativ stark ausgeprägtes Misstrauen gegenüber politischen und medialen „Eliten“** diagnostizieren. Vielen fällt es schwer, aus dem Stand Hoffnungsträgerinnen und Hoffnungsträger in diesem Bereich auszumachen oder sich gar zu identifizieren. Das gilt in der Regel für alle politischen Kräfte.

Wer im Folgenden die Dynamik rund um die Energiewende verstehen will, sollte sie also vor diesem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund betrachten. Er bietet die größere Bühne für die Krux der Klimadebatte, die wir bereits oben beleuchtet haben und die wir längst aus der medialen Debatte kennen: die (zumindest subjektive) Sorge vor schlimmstenfalls überfordernden, ungerechten, nicht berechenbaren, noch nicht zu Ende gedachten Lösungen. Lösungen, die womöglich noch programmatisches Gestaltungspotenzial haben im Hinblick auf ihre verbindende, überzeugende, vielleicht sogar anspornende Wirkung.

Diese konstruktive Programmatik braucht es, denn eines (so viel sei hier vorweggenommen) wurde aus unseren Gesprächen ebenso klar – und zwar nahezu durch die Bank in allen sechs Typen: **Die Forderung nach einem pauschalen Stopp der Energiewende, um damit alle Veränderungsbedarfe „abzuräumen“, erfuhr in allen Gesprächsrunden eine Absage. Es geht bei Klima- und Energiepolitik in der Regel nicht um Ja oder Nein, sondern um das überzeugende Wie.**

IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Ich glaube, so wirklich ist im Moment keiner da, weder eine Person, der ich mein Vertrauen schenken würde, noch der Partei.“

- Aus der Fokusgruppe der Offenen

„Man merkt schon, dass sich die ganzen Lager radikalieren, sowohl links als auch rechts und dass man erstaunt ist, wer alles eine politische Meinung hat und wie salonfähig die geworden ist.“

- Aus der Fokusgruppe der Involvierten

„Wir bräuchten mehr Infrastruktur, bei uns ist ringsherum tote Hose. Es gibt nicht mal eine Kneipe oder so was, das ist sehr, sehr traurig hier draußen. Ein paar Spielplätze, aber sonst ist hier draußen nichts.“

- Aus der Fokusgruppe der Etablierten

„Ich habe auch das Gefühl, dass in Berlin nicht so die Angst herrscht und hier oben in MV doch eher. Angst vor, ja, dass man sich Dinge nicht mehr leisten kann, irgendwie Existenzängste, so was.“

- Aus der Fokusgruppe der Pragmatischen

„Ich kann die Leute verstehen, die sich ins Bürgergeld fallen lassen.“

- Aus der Fokusgruppe der Enttäuschten

„Also eine Sache ist mir aufgefallen, mehr Obdachlose an Stellen, wo ich sie vorher noch nie gesehen habe. Mehr Armut.“

- Aus der Fokusgruppe der Wütenden

VERBINDENDE ENERGIEWENDE: DREI ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

Im Gespräch mit uns waren die Menschen großzügig im Teilen ihrer Einschätzungen und Wünsche zur Energiewende. Das bietet reichlichen Stoff für Ableitungen zum bestmöglichen „Wie“ einer Energiewende, die den Gegenwarts- und Zukunftsbedarfen möglichst vieler Rechnung trägt. Im Grunde läuft es dabei auf drei zentrale, prinzipielle Herausforderungen unter drei Schlagworten hinaus: **Vertrauen. Ownership. Und Attraktivität.** Alle drei verdienen es, einzeln erörtert werden.

GESTALTUNGS-BEDARF EINS: VERTRAUEN STÄRKEN.

Nicht alle, aber viele Menschen in unseren (ostdeutschen) Gesprächen haben derzeit Zweifel, ob sie sich bei der Ausgestaltung und Bewältigung von Energiemaßnahmen auf die Politik verlassen können. Häufig besteht die Sorge, dass die Entscheider die Verantwortung für die eigentliche Anpassungsleistung (und ihre Kosten) auf die Einzelnen abschieben. Das gilt für Veränderungen im eigenen Haushalt genauso wie für das Zurechtkommen mit steigenden Aufschlägen. Der Kostenfaktor, aber auch die Sorge, mit Umbauten oder Neuanschaffungen nicht fertig zu werden, veränderte Anforderungen nicht berechenbar genug antizipieren zu können, beschäftigt viele.

Damit sind wir an einem wesentlichen Punkt der Debatte, nämlich der Frage der richtigen Rollenverteilung zwischen Einzelnen und Gemeinwesen, angekommen. Klar wurde in unseren Gesprächen: **Viele fordern in erster Linie die Vorleistung des Staates, wenn es um die Sicherung des Energiemixes, die Bereitstellung und den Ausbau notwendiger Infrastrukturen, das Bezahlbarhalten von Energiepreisen geht.** Das Gemeinwesen soll sein „Leistungsversprechen“ einlösen und selbst im grundlegenden Schritt demonstrieren, dass es unser Land auf ein infrastrukturelles und öffentliches Daseinsvorsorge-Level heben kann, das es den Einzelnen leicht macht, selbst den eigenen Teil zu leisten: bessere Bahnen und Busse, machbare Tarife, ausreichende Förderangebote. So entsteht Vertrauen, dass „die da oben“ ihren Teil tun.

Außerdem zählt zum Vertrauensaufbau aus Sicht vieler Menschen eine minutiöse und effektive Kommunikation (auf lokaler und regionaler genauso wie föderaler Ebene) dazu, wo die Energiewende eigentlich gerade steht – und wo sie in Sachen Umbau hinwill. Es fiel in den Gesprächen auf, wie sehr ein Großteil der Befragten mehr und möglichst klare Ansagen dazu einfordert, wie lang der Weg zur guten Energie noch ist, und entlang welcher Wegmarken er führt. Gerade zivilgesellschaftliche und politische Gestalterinnen und Gestalter, die selbst womöglich in Wissen und Daten schwimmen und aus eigener Profi-Anschauung wissen, warum sich manche Prozesse hinziehen oder unterwegs ändern, sollten diese Orientierungs-Notwendigkeit auf keinen Fall unterschätzen.

Zudem ist wichtig zu sagen, dass zwischen den Einzelnen und dem Staat natürlich noch viele weitere Akteure stehen, die ebenfalls an Vertrauens-Kommunikation teilnehmen. **Auffällig war die Nennung von lokalen Fachleuten wie etwa Ingenieuren, Heizungsbauerinnen oder Klempnern, wenn es um vertrauenswürdige Einschätzungen zur Sinnhaftigkeit von Energiewende-Maßnahmen ging.** Es macht einen riesigen Unterschied, ob diese Akteure derlei Maßnahmen aus eigener Anschauung für gelungen oder weniger zielführend halten: Ihre Meinung gilt bei vielen, sie ist essenziell für verbindende Zuversicht vor Ort. In anderen Worten: Wer Klima- und Energieprogrammatik plant, sollte ein offenes Ohr für die Ansichten und konstruktiven Argumente von derlei Vertrauensakteuren haben.

An dieser Stelle sei noch etwas ganz Fundamentales gesagt: **Vertrauen funktioniert immer in zwei Richtungen. Es geht nicht nur um das Vertrauen der Leute in die Politik, sondern auch um das Vertrauen der Gestalter in die Leute.** Deren mögliche Kritik an bestimmten Maßnahmen ist eben nicht automatisch gleichbedeutend mit Veränderungsunwilligkeit, sondern in vielen Fällen der breite demokratische Ruf nach stetig sich verbessernder Gestaltung.

IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Vielleicht indem transparenter erklärt wird, was das Ziel dieser einzelnen Maßnahmen ist, also auch Messbarkeit sozusagen, dass man das Gefühl hat, da geht es tatsächlich voran, anhand von Zahlen, whatever.“

- Aus der Fokusgruppe der Offenen

„Einfach ein gewisses Leistungsversprechen, es müssen einfach Aufgaben, die der Staat leistet, geleistet werden und es müssen für die Bevölkerung oder Bürger, die müssen mehr in ihrem Geldbeutel spüren.“

- Aus der Fokusgruppe der Involvierten

„Ich wohne ja nur auf einem Dorf, 1.500 Leute, da spricht man mal mit seinem Klempner, weil man sagt, das Öl wird teurer, Thema Wärmepumpe, er sagt, kannst du machen, aber eine Wärmepumpe läuft mit Faktor 4, aber nur unter Laborbedingungen. Das war für mich eine klare Aussage, dass die in meinem Haus, was 1920 gebaut wurde, nicht funktioniert.“

- Aus der Fokusgruppe der Etablierten

„Es gibt halt Vorgaben, die man einzuhalten oder zu erfüllen hat, aber man wird damit auch so alleine gelassen. Bis dann und dann muss man das erreicht haben und dann wird man damit alleine gelassen und wenn man es nicht erreicht, bekommt man Strafen.“

- Aus der Fokusgruppe der Pragmatischen

„Ich bin auch für Investitionen, die durchgeführt werden müssen, für Bus und Bahn, dadurch steigen vielleicht die Fahrpreise nicht. Und Krankenhäuser, Schulen, die teilweise marode sind und so was, da ist das eine gute Investition.“

- Aus der Fokusgruppe der Enttäuschten

„Einsparungen, aber wo noch und wie, Wasser und auch Energie in dem Sinne, wo es noch möglich ist. Ich spare schon, wo ich kann, ziehe Stecker raus und so was, dann habe ich trotzdem noch so hohe Kosten und muss nachzahlen.“

- Aus der Fokusgruppe der Wütenden

GESTALTUNGS-BEDARF ZWEI: „OWNERSHIP“ FÖRDERN.

Wir haben es oben gesehen: Die Menschen in unseren ostdeutschen Fokusgruppen wünschen sich die Hauptanstrengung beim Klimaschutz vom Staat, der zunächst die Voraussetzungen eines klimaneutralen Alltags schaffen oder entscheidend anstoßen soll. Das heißt aber nicht, dass die Menschen durch die Bank in der Konsumierenden-Rolle verbleiben wollen. Vielmehr bietet es sich an, sie beim Sich-zu-eigen-Machen von Energiewende-Maßnahmen zu unterstützen. Dabei geht es übrigens nicht nur um etwaigen Support für Hausbesitzerinnen mit ihren eigenen Privatmaßnahmen, sondern um ein breiteres Gefühl der Identifikation in allen Bevölkerungsteilen.

Es war in unseren Forschungsgesprächen auffällig, wie anschlussfähig bei vielen die Vorstellung ist, in Energiesachen „autark“ von den großen Netzen werden zu können. Optionen wie Balkonkraftwerke oder Bürgergenossenschaften kamen bei vielen gut an: ironischerweise übrigens nicht selten als Maßnahme der Selbstsicherung gegenüber einer Politik, die besser werden soll. Das bedeutet auch, dass finanzielle und beratende Förderoptionen, die leicht zu finden und auch wirklich ausreichend sind, gern gesehene Maßnahmen der Energiewende sind. Hierin liegt ein Schlüssel für überzeugende Politikangebote gerade auch für eher bürgerliche Segmente, etwa die Etablierten in der More in Common-Typologie.

Aber Achtung: Derlei Eigeninvestitionen der Bürgerinnen und Bürger sollten immer auf der Grundlage einer staatlichen Politik gedacht werden, die selbst (!) die Versorgung im Großen sichert. Spürbar war nämlich die Sorge vieler Befragter, dass das Gemeinwesen derlei Ideen nutzen könne, um die Hauptverantwortung an Einzelne oder aber kleine Kommunen zu übertragen, die dann damit potenziell überfordert wären. **Die meisten Bürgerinnen und Bürger sehen sich nicht dazu in der Lage, „alleine die Welt zu retten“ oder dem Staat die Arbeit abzunehmen. Vielmehr ist ihnen das Selbstbild als „Vernunftbürger“ wichtig, die z.B. in ihrem Haushalt schlaue, langfristig effektive und effiziente Lösungen für sich selbst und ihre Ortschaft vorantreiben.**

Zu dieser Arbeitsteilung gehört auch die richtige „Haltung“ des Gemeinwesens im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern: **Ja, Mehrheiten wollen – wie oben gezeigt – verbindliche Regeln. Und dennoch wollen sie den Staat nicht primär nur als Vollstrecker, sondern als Helfer und Ermöglicher sehen,** wenn es darum geht, sich zum Beispiel im eigenen Haushalt auf berechenbare Weise an eben diese Regeln zu halten bzw. dies durch aufwändige Umbauten erst zu ermöglichen. Gerade vor dem Hintergrund, dass viele Menschen ihre eigenen vier Wände erkennbar als sensiblen Rückzugsort begreifen, in dem sie (im Rahmen einer insgesamt nicht ganz unterregulierten Gesellschaft) ein Gefühl der Autonomie haben wollen.

Zur „Ownership“ gehört noch ein anderes Standbein: nämlich das Gefühl, bei der Energiewende mitreden zu können und gehört zu werden. Gefühlt mangelt es derzeit daran; der wiederkehrende Ruf nach mehr Mitsprache-Kanälen bei der örtlichen Gestaltung von Energie-Maßnahmen war sehr charakteristisch für unsere Gespräche. Bei der Arbeit an solchen Angeboten sollten aber drei Dinge in Betracht gezogen werden: erstens der von uns bereits an anderer Stelle⁴ erforschte Umstand, dass Beteiligungskanäle vor Ort SEHR intensiv und zielgruppeneffektiv beworben werden sollten, um wirklich breit bei den Leuten als Information anzukommen. Zweitens die ebenfalls in unserer zurückliegenden Forschung identifizierte Herausforderung, dass sich ein Bedürfnis des Gehört-Werdens bei vielen nicht automatisch

4 Für die folgenden Punkte vgl. unser Impulspapier (2023): „Mehr Erreichen: Impulse für eine breitere Bürgerbeteiligung vor Ort“.

in eine Bereitschaft zur Teilnahme an voraussetzungsvollen, deliberativen Verfahren übersetzt. Es geht nicht immer um wochen- und jahrelange Beteiligungsprozesse, sondern eben auch um niedrigschwellige Konsultation und vor allem das Gefühl, dass „Leute wie man selbst“ mit ihren Belangen in einer Debatte vorkommen. Und drittens sollte bei Beteiligung immer schon ganz früh im Prozess klar sein, was mit den Ergebnissen geschieht, damit das Verfahren glaubhaft ist.

IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Letztendlich haben wir zwar demokratisch die Regierung gewählt, nicht unbedingt die Ampel, aber wir haben demokratisch gewählt, aber das, was dann oder danach passiert, darauf haben wir keinen Einfluss mehr. Das hat für mich dann auch nichts mit Demokratie zu tun.“

- Aus der Fokusgruppe der Offenen

„Was ich ganz wichtig finde, ist die Vereinfachung von Anträgen, generell für Vereine, Schulen, alle Gelder, die zur Verfügung gestellt werden. Dass man einfach weiß, was kann überhaupt geleistet werden und wie mache ich diesen Antrag so leicht, dass er wirklich gestellt wird und eine Chance hat, durchzukommen.“

- Aus der Fokusgruppe der Involvierten

„Noch mal, am besten dezentral, diese Blockkraftwerke, so was eben. Nur so läuft das, denn da habe ich jemanden, meinen Nachbarn, der dort arbeitet, den ich ansprechen kann und das ist dann wirklich Demokratie.“

- Aus der Fokusgruppe der Etablierten

„Ich finde es gut, dass wir das klimaneutral machen wollen in den nächsten 20-30 Jahren, gibt ja immerhin nur einen Planeten, es betrifft uns ja alle, deswegen finde ich das schon in Ordnung.“

- Aus der Fokusgruppe der Pragmatischen

„Dass es Bürgersprechstunden gibt mit Politikern, aber nicht nur, dass es bei einem Ohr rein geht, beim anderen raus. Ein Dialog wäre gut, kann auch in der Kirche sein, dass man da mal mit Politikern spricht, dass die sich die Sorgen anhören.“

- Aus der Fokusgruppe der Enttäuschten

„Ich würde auch sehr, sehr gerne Solarpaneele mir auf den Balkon stellen, aber bei mir geht es nicht, weil es müsste ein Südbalkon oder Südwest sein, das ist bei mir nicht, dadurch geht es nicht. Ansonsten würde ich sehr, sehr gerne so was machen, es ist sauber und energiereich.“

– Aus der Fokusgruppe der Wütenden

GESTALTUNGS-BEDARF DREI: ATTRAKTIVITÄT STEIGERN.

Um eines gleich vorneweg zu sagen: **Die Leute wissen in der Regel, dass es Klimaschutz nicht zum Nulltarif gibt.** Auch die Zahlen vom Beginn dieses Texts zeigen ja, dass, wenn es eine weitverbreitete Intuition in der Bevölkerung zur Klimapolitik gibt, es jene des „Verlustgeschäfts“ ist. Auf lange Sicht macht eine solche Negativoptik mürbe. Vor diesem Hintergrund – das zeigen unsere aktuellen Forschungsgespräche in Ostdeutschland einmal mehr – **sollte es in klimaprogrammatischen Angeboten immer auch darum gehen, wie unser Land durch Energiepolitik nicht nur emissionsneutral, sondern auch im besten Wortsinn reicher werden kann.** Reicher an Infrastrukturen und öffentlichen Gütern, an kollektiven Sicherheiten und wirtschaftlichen Chancen.

Dafür braucht es starke, glaubhaft mit Vorschlägen unterlegte Zielbilder davon, wie unser Land „nach“ der Energiewende aussehen wird – und welche Vorteile sich im Idealfall bereits auf dem Weg dorthin einstellen. **Politische und gesellschaftliche Akteure sollten sich bemühen, Bilder von der Zukunft zu zeichnen, Ziele und Orientierung zu bieten.** Denn andersherum war in unseren Fokusgruppen mit Händen zu greifen, wie vielen Menschen dieser grundlegende Ausblick derzeit fehlt. Viele nehmen nur einzelne Maßnahmen wahr, die im Zweifel im Hier und Jetzt Geld kosten, und dann stellt sich die Sinnfrage. Gestalter und Entscheiderinnen sollten nicht unterschätzen, wie wenig ihrer eigenen Detail-Argumentationen manchmal durchdringen, wenn diese nicht vor Greifbarkeit und klaren Zielbildern strotzen.

Zur Formulierung dieser Zielbilder gehört auch, dass politische und zivilgesellschaftliche Akteure die Probleme benennen, die Menschen derzeit sehen. **Wer unzufrieden mit der Zuverlässigkeit des ÖPNV ist, will sehen, dass die Akteure das Problem auf dem Schirm haben.** Auf dieser Grundlage lässt sich dann ein Plan entwickeln und kommunizieren. „Schönreden“ dagegen wird in der Regel durchschaut.

Selbstverständlich gehört zur Attraktivität ein zentraler Punkt: **die Bezahlbarkeit.** Die Menschen fordern in unseren Forschungsgesprächen, dass Politik und Klimaakteure zum einen minutiös darauf achten, dass finanzielle Herausforderungen für Einzelne und Betriebe zu stemmen sind; und zum anderen mittelfristige Orientierung in der Frage bieten, wann sich Energiemaßnahmen auch finanziell auszahlen werden. Sie brauchen einen Pfad, damit nicht der Eindruck einer Kostenkaskade ohne Ende entsteht.

Unsere Befragten fordern zudem, dass die Energiewende ihrer wirtschaftlichen Substanz vor Ort zugutekommt. **Als Teil einer Modernisierung, die der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen nützt und zudem auf die Technologieführerschaft der „eigenen“ Betriebe abzielt, könnten sie der Energiewende wohl viel abgewinnen.** Gerade im Hinblick auf das derzeit starke Gefühl einer bedrängten deutschen Wirtschaft liegen hierin wichtige Ansatzpunkte für das konstruktive Gestaltungsgespräch mit der Bürgerschaft.

Übrigens: Menschen sind bei der Suche nach „Vorteilen“ gar nicht so selbstzentriert, wie das der eine oder die andere vielleicht denken könnte. So sprachen sich in unseren ostdeutschen Forschungsgesprächen die Befragten in aller Regel gegen die Idee aus, Strompreise im Vergleich zu anderen Regionen dort per Gesetz günstiger zu machen, wo mehr Erneuerbare-Energien-Anlagen stehen – obwohl ihnen das doch selbst in vielen Fällen eigentlich nützen würde. Stattdessen argumentierten sie mit gesamtdeutschen Gerechtigkeitsaspekten: Das Solidarprinzip von für alle fairen Strompreisen, die nicht exzessiv von den natürlichen oder regulatorischen Gegebenheiten vor Ort abhängen (und zwar weder nach unten noch nach oben!), galt ihnen viel. **Auf der Suche nach starken programmatischen Zielbildern für die Energiewende geht es eben nicht um das „Ich zuerst“, „den schnellen Profit“ oder ein „Mehrermehr“ oder das Blaue vom Himmel. Es geht vielmehr darum, die für Menschen wichtigen Prinzipien und Grundsätze zu verstehen, die heute und in Zukunft Geltung haben sollen.** Schon in einer früheren Studie hatten wir über derlei Zukunftswünsche mehr herausgefunden und festgestellt, dass die meisten Menschen motivisch sehr stark auf Ausgleich und Mäßigung innerhalb einer breiten Mittelstandsgesellschaft abzielen.⁵ Sie denken die Zukunft gesamtgesellschaftlich.

IN IHREN EIGENEN WORTEN:

„Ich habe das Gefühl, ich bekomme irgendwie nur die Nachteile für das breite Volk mit, dass einfach nur die Leute, die eh schon viel zu zahlen haben, die eh schon unzufrieden mit ihrem Lohn sind, dass die noch mehr aufgebürdet bekommen und ja, einfach zum Zahlen gebeten werden für Sachen, die keinen direkten Mehrwert bringen.“

– Aus der Fokusgruppe der Offenen

„Was vielleicht noch positiv ist, ich denke gerade an die Braunkohleregionen, wo dann teilweise ja ganze Familien und Dörfer umgesiedelt werden mussten, um den Abbau gewährleisten zu können. Das fällt auf Dauer, wenn man auf Solar oder Wind umstellt, solche Sachen fallen dann weg. Das ist auch für die Region dann besser, einerseits auch dann für die Natur.“

– Aus der Fokusgruppe der Involvierten

Ich kann doch nicht sagen, wir sind eine Solidargemeinschaft, jeder hilft jedem und andererseits sagt man, die, wo es geht, stellen wir besser hin als andere. Ich kann doch regional nichts dafür, wenn bei mir keine Sonne so oft scheint und kein Wind weht, weil ich im Tal hocke.“

– Aus der Fokusgruppe der Etablierten

⁵ Vgl. unser Themenpapier „Projekt Zuversicht: Woher nehmen und wie stiften wir in Krisenzeiten Hoffnung für morgen?“ (2022) aus der Reihe „Navigieren im Ungewissen: Impulse zur Zukunft der Gesellschaft“.

„Ich arbeite auch in der Branche, deshalb sehe ich auch, wie viele Arbeitsplätze das schafft bei Betrieben, die sich mit dem Bau der Anlagen beschäftigen, da findet jetzt schon ein sehr großer Aufschwung statt und das kann nur mehr werden, wenn es in Richtung erneuerbare Energien geht.“

- Aus der Fokusgruppe der Pragmatischen

„Für alle bezahlbar und transparenter machen, was für Vor- und Nachteile man hat. Man investiert ja immer wieder, weil man immer wieder steuerliche Vorteile hat, wenn man sich was kauft und die Anlage erweitert. Es ist ja irgendwo Geldanlage und (man) will mit dem Geld arbeiten, was man verdient hat.“

- Aus der Fokusgruppe der Enttäuschten

„Ich würde auch mit der Bahn auf Arbeit fahren, aber das Netz ist so grottig ausgebaut, dann sind die Bahnen so voll, ich will keinen Körperkontakt früh, wenn ich auf Arbeit fahre. Das funktioniert einfach nicht. Norwegen oder Dänemark, da funktioniert das mit der Bahn, die Bahnhöfe sind dort auch sauber und nicht so verdreckt wie hier. Das Ganze ist viel zu teuer.“

- Aus der Fokusgruppe der Wütenden

FAZIT UND AUSBLICK: EINMAL GESTALTEN BITTE!

Dieser Text ist keine fertige Zutatenliste für eine gute Energiewende. Sein forschungsgestützter Anspruch ist vielmehr, Perspektive in einer Debatte zu bieten, die vielen zuletzt als (unnötig) scharf und an manchen Stellen auch destruktiv erschien.

Wir wollten anhand der Wortmeldungen von Menschen aus Ostdeutschland darlegen, dass die zentrale Frage bei der Klima- und Energiewende nicht die von Ja und Nein ist, sondern jene der bestmöglichen Ausgestaltung. Ja, Menschen äußern teils massive Verbesserungsbedarfe, gehen (wie übrigens in vielen Themenbereichen) kritisch mit der bisherigen Leistung der Politik ins Gericht. Dahinter steckt aber vor allem auch die Erwartung, dass es besser gehen könnte: mit mehr Vertrauen, mehr Ownership, und mit mehr Vorfreude.

Allen demokratischen Akteuren sei gesagt, dass sie angesichts dieses Gestaltungs-Imperativs langfristig die Menschen nur dann überzeugen können, wenn sie allesamt starke programmatische Entwürfe entwickeln und die Klima- bzw. Energiepolitik nicht als isolierten „Zankapfel“, sondern als Querschnittsthema verstehen, das in einer größeren Erfolgs- und Zukunftsgeschichte für unser Land Platz finden muss. Schließlich ist das Thema perfekt anschlussfähig an Fragen der Daseinsvorsorge und Infrastruktur, der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Gerechtigkeit, der öffentlichen Gesundheit und vieler anderer Aspekte.

Die Menschen wollen gute Vorschläge und gute Lösungen. Sie sind in ihrer Mehrzahl keine Gegnerinnen, sondern Bündnispartner (in spe) eines ganzheitlich gedachten Klimaschutzes. Wer sie überzeugen kann, stärkt den Zusammenhalt. Und damit überdies auch noch die Demokratie im Ganzen.



**More in
Common**